

Rentenerhöhung um 2,9 Prozent – ein trojanisches Pferd

In seinem «Standpunkt» im «Volksblatt» vom 2. 11. 2022 schlägt der Abgeordnete Daniel Oehry vor, den Rentnern für das Jahr 2023 einen Teuerungsausgleich von 2,9 Prozent – analog zum Staatspersonal – ausbezahlen und die Einführung des Mischindex auf 2024 zu verschieben. Falls der Landtag einem solchen Antrag zustimmt, bedeutet das, dass die Fairness-Initiative vom

Tisch ist. Mit der Fairness-Initiative werden die Renten «nur» um 2,5 Prozent erhöht. Bezogen auf die Mindestrente bedeutet dies eine Erhöhung um exakt 29 Franken. Es kann damit gerechnet werden, dass 30 Franken ausbezahlt werden, da die AHV diese Beträge in aller Regel rundet. Eine Erhöhung um 2,9 Prozent bedeutet eine Erhöhung um exakt 33,65 Franken, gerundet 35 Franken. Nur

die Fairness-Initiative bietet Gewähr dafür, dass auch künftig regelmässige Rentenanpassungen erfolgen werden. Eine Verschiebung der Einführung des Mischindex auf 1. 1. 2024 bringt keinerlei Nutzen für die Rentner, verhindert aber bestenfalls eine Entscheidung um ein weiteres Jahr oder verhindert sie ganz. Fünf Franken mehr Rente vermögen dieses Risiko bei

Weitem nicht zu kompensieren. Der Liechtensteiner Seniorenbund hat die Abgeordneten letzte Woche brieflich um die Unterstützung der Fairness-Initiative gebeten und ist über diesen Versuch, die Fairness-Initiative zu kippen, sehr enttäuscht und auch befremdet.

**Eine Stellungnahme des
Vorstands des Liechtensteiner
Seniorenbundes**